

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die heutige Stadtratssitzung findet am 9. November statt.

Wir alle wissen um die Ambivalenz dieses „Schicksalsdatums“ der deutschen Geschichte. Am 9. November 1918 proklamierte Philipp Scheidemann zwei Tage vor dem offiziellen Ende eines grausamen Kriegs, der weltweit über 17 Millionen Menschen das Leben gekostet hatte, vom Balkon des Reichstagsgebäudes aus die erste deutsche Republik. Zwanzig Jahre später, am 9. November 1938, war diese erste deutsche Demokratie bereits wieder Vergangenheit, und unter einem bis dahin unvorstellbarem Terror-Regime brannten in Deutschland – auch hier in Frankenthal – jüdische Einrichtungen und Synagogen. Die Ereignisse vom 9. auf den 10. November stellten bis dato den Höhepunkt des staatlichen Antisemitismus dar, der mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten eingesetzt hatte. Im Rückblick waren sie aber gleichsam nur „Vorboten“ einer unfassbaren systematischen Verfolgung der Juden während der NS-Unrechtsherrschaft, die europaweit mehrere Millionen Opfer forderte.

„*Bonn ist nicht Weimar*“ – der Buchtitel des Schweizer Journalisten Fritz René Allemann aus dem Jahr 1956 ist zum Schlagwort geworden. So sehr er symbolisch für das Selbstverständnis der nach 1945 wiedererrungenen deutschen Demokratie, unserer Demokratie, steht – er impliziert indirekt zugleich ein zumindest einseitiges Geschichtsbild. Die langjährige Konzentration allein auf die Defizite der Weimarer Verfassung, durch die die erste deutsche Demokratie vor allem als Vorläufer des Dritten Reichs in den Blick genommen wird, ist von der Geschichtswissenschaft in den letzten Jahren zunehmend relativiert worden, die gerade im Gedenkjahr 2018 immer wieder auch auf die Chancen und Potenziale von Weimar hingewiesen hat. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie war nach diesen Forschungsergebnissen keineswegs „vorprogrammiert“.

Gerade deshalb, meine Damen und Herren, sollten wir uns aber auch nicht allzu selbstbewusst auf den Errungenschaften unserer „neuen“ und vermeintlich stabilen Demokratie ausruhen. Auch wenn es, wie Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier 2018 ebenfalls anlässlich des 9. Novembers angesichts der ständigen Warnung vor „Weimarer Verhältnissen“ betont hat – sicher nicht darum gehen darf, „*unsere Demokratie kleiner und ihre Gegner größer als wir sind*“ zu machen, bleibt eines festzu-

halten: Unsere Demokratie stellt keine Selbstverständlichkeit dar, sondern ist ein hohes Gut, das stets neu errungen werden muss und deren Werte auch immer wieder neu von uns verteidigt werden müssen. Dass dies keine schönen Worte sind, sondern bitter notwendige Realität, beweisen die Nachrichten, die wir 2021 und 2022 einmal mehr verfolgen mussten.

Laut Erhebungen im Rahmen der 2021 vorgestellten *EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens* fühlen sich 38 % der Jüdinnen und Juden in Europa nicht mehr sicher und erwägen die Migration. Eine alarmierende Zahl. Und deutsche Statistiken belegen, dass die Sorgen unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger auch hier in unserem Land leider nicht unbegründet sind: Nach BKA-Angaben ist die Zahl antisemitischer Straftaten von 2020 auf 2021 erneut um 19 Prozent – und damit auf den bisherigen Höchststand – angestiegen. Gleichzeitig wurde und wird im Zusammenhang mit dem russischen Angriff auf die Ukraine oder auch mit den Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie in Deutschland wie in unseren Nachbarländern der Holocaust immer wieder verharmlost und relativiert. Antisemitismus, darüber dürfen wir uns nichts vormachen, ist - auch 73 Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland - omnipräsent.

Trotzdem, meine Damen und Herren, sehe ich Hoffnung, trotzdem sehe ich, dass unsere Demokratie stabiler ist, als manch einer aus dem rechten Lager es uns glauben machen möchte. Das zeigt zum einen die Tatsache, dass Antisemitismus oder Fremdenhass in unserer Umgebung keineswegs unkommentiert bleiben. Die intensive Antisemitismus-Debatte im Zusammenhang mit der *Documenta Fifteen* ist hier zum Glück nur ein Beispiel unter vielen. Fast noch mehr als das ist es aber etwas anderes, das mein Vertrauen in unsere Demokratie immer wieder stärkt, trotz aller Negativschlagzeilen, und das mich immer wieder den Blickwinkel der Zuversicht einnehmen lässt, wenn ich an die Zukunft in unserem Land und an die Zukunft in unserem vereinten Europa denke: Ich meine die vielen kleinen und doch ganz „großen“ Zeichen der Hoffnung, die wir auf Bundes- wie auf lokaler Ebene beobachten können.

Ich denke etwa an die Aufnahme jüdischer Holocaust-Überlebender aus der Ukraine in unserem Land, die mich tief berührt hat. Ich denke aber auch an ganz kleine Zeichen, wie die, die wir heute, am 9. November, wieder hier vor Ort in Frankenthal, mitten unter unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, setzen: Zeitgleich mit unserer heu-

tigen Stadtratssitzung findet wieder eine Stolpersteinverlegung in Frankenthal statt, die die Erinnerung an die Opfer des NS-Terrors lebendig hält. Anschließend werden auch in diesem Jahr wieder Kerzen am Standort der ehemaligen Frankenthaler Synagoge niedergestellt. - Da, wo in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 die Flammen des Hasses hochschlugen, nachdem bereits am Vortag die Wohnungen jüdischer Mitbürger von Schlägertrupps heimgesucht und Türen, Fenster und Mobiliar zertrümmert worden waren, da brennen heute einmal mehr Kerzen. Kerzen, die gerade mit ihren kleinen und scheinbar schwachen Flammen, die im Wind flackern, aber dennoch Wärme ausstrahlen, einmal mehr zeigen, dass die Hoffnung und das Licht letztendlich doch stärker sind als alle Finsternis, die uns umgibt. Nicht zuletzt auch deshalb, weil Menschen in unserer Stadt, wie die Initiatoren dieser Aktion vom *Förderverein für jüdisches Gedenken Frankenthal e.V.* und die Bürgerinnen und Bürger, die sich mit ihren kleinen Lichtern auf den Weg zur ehemaligen Synagoge machen, dafür sorgen, dass die Erinnerung an geschehenes Unrecht niemals erlischt.

Bonn, Berlin ist eben doch nicht Weimar. Helfen wir alle mit, dass das auch in Zukunft so bleibt!